

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Pfg. Beilagen unter 25 Pf. je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 229.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 30. September 1930.

12. Jahrgang.

Herr, du weißt, wie wir hier hasten
Durch das Dunkel dieser Zeit,
Und wie unsere Augen tasten
Nach dem Glanz der Ewigkeit.
Herr, du weißt, wie arm wir wandern
Durch die Gassen dieser Welt,
Wenn der Glanz von einer andern
Nicht auf unsre Schritte fällt.
Leuchte drum mit deinem Schein
In die dunkle Welt hinein.

Ed. Maurer.

Dreiviertel Jahr ohne Regierung.

Dresden, 24. September.

Den größten politischen Rekord hat offenbar das Land Sachsen jetzt erreicht. Zu Anfang dieses Jahres wurde die Regierung gestürzt, nach drei Monaten, also im Mai, kam die Neubildung einer Regierung zustande, jedoch diese Neubildung hielt nur 14 Tage, mit der Auflösung des Landtages mußte sie sofort wieder abtreten. So ist das Land seit ungefähr dreiviertel Jahren führerlos, die alte Regierung erledigt das rein Geschäftliche, und im übrigen haben sich die großen Parteien als unfähig erwiesen, etwas wirklich Bedeutendes zustande zu bringen. Wenn dieser sächsische Zustand ein Symptom für die Wirkungslosigkeit der Parteien im Reich abgeben sollte, was bei der ähnlichen Lagerung der Verhältnisse durchaus möglich ist, so kann man noch mit vielen Ueberraschungen von Berlin aus rechnen. In Wirklichkeit haben sich die Verhältnisse in Sachsen allerdings jetzt so festgefahren, daß man Berlin den Vortritt lassen und zunächst die Regierungsbildung im Reich abwarten möchte, um dann in Sachsen ähnlich zu verfahren. In den fünf Sitzungen, die der neue Landtag seit seiner Wahl am 22. Juni abhielt, ist es nicht möglich gewesen, einen Ministerpräsidenten zu wählen. Das Einzige, was man zuwege brachte, war die Wahl eines Landtagspräsidenten und zwar eines sozialdemokratischen, der schon früher seine Ungeeignetheit für diesen Posten zur Genüge bewiesen hatte. Man ging dann einfach ganz unbekümmert in die Ferien und überließ alles dem Ausgang der Reichstagswahlen. Nachdem aber dieser Reichstag nun gewählt ist, hat sich die Situation für Sachsen nicht etwa geklärt, sondern noch verschärft. Es handelt sich dabei bekanntlich um die auch für das Reich so wichtige Frage, ob die bürgerliche Mitte ihren Anschluß nach rechts oder zur Sozialdemokratie hin suchen soll. Jedoch im Gegensatz zum Reich würde für Sachsen nicht nur der Anschluß nach rechts (worunter in diesem Fall eine Regierung mit den Nationalsozialisten verstanden wäre, weil die Deutschnationalen schon seit Jahren in der Regierung sitzen), sondern auch ein solcher nach links etwas völlig Neues darstellen. Es wäre das erste Mal, daß in Sachsen die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien sich zusammen an einer Regierung teilhabe. Was das für Mitteldeutschland bedeuten müßte, wo seither die schärfste Bekämpfung des Marxismus von allen bürgerlichen Parteien und umgekehrt betrieben wurde und wo die „glorreiche Herrschaft“ der Linken aus den Jahren 1920 bis 1923 noch in aller Gedächtnis lebendig ist, das ist leicht zu ermessen. Die Bedeutung reicht sogar weit über Sachsens Grenzen hinaus. Es würde bei einer Koalition mit der Linken z. B. der völlige Gegensatz zu dem Nachbarstaat Thüringen hergestellt, wo ja seit ungefähr einem Jahr eine rein bürgerliche Regierung unter Einfluß der Nationalsozialisten existiert.

Der sächsische Landtag wird nach den Herbstferien bedeutend eher zusammentreten als der Reichstag. Und gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß man die Parteien zwingen werde, früher Farbe zu bekennen als die Parteien im Reich. Es muß hier ein sehr interessanter Antrag einer der sächsischen bürgerlichen Parteien, der Wirtschaftspartei, erwähnt werden, der, wenn er nachkommen sollte, von sehr großem Segen für die Politik werden könnte. Dieser Antrag läuft auf nichts anderes hinaus, als daß die Abgeordneten eines Parlaments nicht eher ihre Diäten beziehen können, bis eine ordnungsgemäße Regierung von ihnen gebildet worden ist. Der Schriftsatz, der in Form eines Gesetzesentwurfes soeben im Landtag eingebracht worden ist, hat ungefähr folgenden Wortlaut: „Die Aufwandsentschädigungen für die Herren Abgeordneten werden nach der Neuwahl eines Landtages erstmalig 8 Tage nach der Wahl eines Ministerpräsidenten, später an jedem Monatsersten im Voraus gezahlt.“ Da in Sachsen mit der Wahl des Ministerpräsidenten, die der Landtag vornehmen muß, die Bildung des Kabinetts so gut wie abgeschlossen ist, weil der gewählte Präsident auf

Grund der Landesverfassung sich seine Minister selbst aussucht, ohne an die Parteien gebunden zu sein, so hat der Antrag allerdings die größte Bedeutung. Er erregt auch begreiflicherweise allerorts Aufsehen. Die Befürworter dieser Forderung weisen darauf hin, daß das Volk ein unbefristbares Recht darauf habe, unverzüglich nach den Neuwahlen den sichtbaren Ausdruck seines Willens in der Umgestaltung der Regierung vor sich zu sehen, einer Regierung, die den durch den Wahlausfall zum Ausdruck gekommenen Willen des Volkes in Vollzug setze. Es erscheine daher durchaus billig, die Auszahlung der Diäten erst dann eintreten zu lassen, wenn der Landtag diesem höchsten Volksrecht Rechnung getragen habe. Die Mehrzahl der sächsischen Abgeordneten ist natürlich einigermassen überrascht. Um so mehr, weil der Gesetzesentwurf in allen Volksteilen die lebhafteste Anteilnahme findet. Die Abstimmung über den Entwurf ist also für die Parteien eine sehr heikle Angelegenheit. Merkwürdigerweise waren es die Sozialdemokraten, die sich sofort gegen diesen Antrag auflehnten, und die wahrscheinlich für ihre ablehnende Stellungnahme die bekannte und gebräuchlich gewordene Formel finden werden, daß sie den Antrag ablehnen, weil er von der bürgerlichen Partei aus „demagogischen Absichten heraus“ gestellt sei. Immerhin, auch die Linke wird sich ausrechnen müssen, welche Wirkung es in der Öffentlichkeit haben wird, wenn sie gegen den Antrag stimmen.

Was bis zur Stunde in bezug auf die eigentliche Regierungsbildung zu Tage getreten ist, ist ganz allgemein bedeutungsvoll für die Beurteilung der zukünftigen Gestaltung gewisser Parteien im Reich. Vor allem der Wirtschaftspartei, die ja auch im Reich den Ausschlag für eine etwaige große Koalition oder eine Rechtsregierung gibt, und der Nationalsozialisten. Die sächsische Wirtschaftspartei hat sofort nach den Reichstagswahlen an alle bürgerlichen Fraktionen einschließlich der Nationalsozialistischen Partei ein Schreiben gerichtet, worin zur Bildung einer sogenannten nationalen Regierung in Sachsen aufgefordert wurde. Eine Fühlungnahme mit den Sozialdemokraten zwecks etwaiger Erweiterung der Koalition nach links hat nicht stattgefunden. Von allen Parteien, die eine Antwort erteilten, waren die Nationalsozialisten die ersten. „Wenn die Wirtschaftspartei die Absichten ihres neuen Verbands wissen will“, so lautet die Antwort, „so sei ihr verraten, daß das ganz und gar von ihrer Stellungnahme zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei abhängig ist. Die Frage kann also nur lauten: Ist die Wirtschaftspartei entschlossen, uns von vornherein das Innere des Reiches einzuräumen? Wenn ja, dann darf sich die Wirtschaftspartei wiederum darüber klar werden, daß als sächsischer Innenminister nur Gregor Strasser in Frage kommt.“ Es wird dann noch weiter darauf hingewiesen, daß die Zeiten nun vorbei sind, in denen die Parteien so lange kuhhandelten, bis jede etwas geerbt habe. Die Nationalsozialisten würden bei den einmal gestellten Bedingungen hartnäckig verharren und von deren Annahme überhaupt die ganze Regierungsbeteiligung abhängig machen. Der Nationalsozialismus habe bewiesen, daß er heute eine Macht sei und er sei sich seiner Bedeutung und geschichtlichen Sendung bewußt. Man mache halbe Maßnahmen nicht mehr mit. Entweder man regiere antimarxistisch nach dem Willen des Nationalsozialismus, oder dieser bekämpfe jeden anderen Versuch so lange, bis sich die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien vor dem ganzen Volke offenbare. Dann hätten die Wähler wieder das Wort.

Es kann heute bereits festgestellt werden, daß die Wirtschaftspartei die Bedingungen der Nationalsozialisten annehmen wird. Sie will unter allen Umständen die erwähnte nationale Regierung herstellen und eine Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei auch in Zukunft ausschalten. Somit wäre das Problem der Großen Koalition erneut für Sachsen erledigt, denn ohne Wirtschaftspartei ist sie nicht möglich. Aber damit sind die Hindernisse, die der Rechtsregierung im Wege stehen, noch keinesfalls überwunden. Selbst wenn alle übrigen bürgerlichen Parteien mitmachen, so verhält sich die „Deutsche Staatspartei“ doch vollkommen ablehnend. Schon im Juni haben die Demokraten und die Volksnationalen, die damals noch getrennt waren, mit großer Entschiedenheit die Regierungsbeteiligung der Sozialisten in den Vordergrund gestellt. Mit der Hilfe dieser Parteien, die zwar zusammen nur 5 Abgeordnete haben (Demokraten 3 und Volksnationale 2), dafür aber den Ausschlag zwischen rechts und links geben können, wurde ja auch der sozialdemokratische Landtagspräsident gewählt, der sonst nicht durchgekommen wäre. Damals trat die Wirtschaftspartei allerdings noch nicht so entschieden für die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten ein, sie ließ sich so-

gar durch den Druck, den damals die Reichsregierung auf das Land Thüringen wegen der Verordnungen des nationalsozialistischen Ministers Dr. Frick ausübte, d. h. vor allem durch die Geldsperren für Thüringen, viel mehr abhalten. Heute glaubte sie, daß das Resultat der Reichstagswahlen eine andere Stellungnahme rechtfertige, und daß auch das Reich selbst in Zukunft nicht mehr in der Weise gegen Länder mit nationalsozialistischer Regierungsbeteiligung vorgehen könne, wie es seither der Fall war.

Wirtschaftspartei und Staatspartei stehen sich also am hartnäckigsten gegenüber. Keine von beiden wird nachgeben. Das ist ausgeschlossen. Was folgt daraus? Daß einfach keine Regierung zustande kommen kann. Es wird also mit aller Wahrscheinlichkeit — andere sagen, mit aller Sicherheit — der vor 3 Monaten gewählte Landtag wieder aufgelöst werden. Die Nationalsozialisten sind sogar gewillt, ihn so oft aufzulösen, bis er eine klare Mehrheit bringt. Es wäre durchaus nicht ausgeschlossen, daß schon bei der nächsten Wahl eine größere Verschiebung zur Herbeiführung dieser Klarheit stattände. Zur völligen Klarheit allerdings kaum. Man muß sich aber auch in gewissenhafter Weise fragen, nach welcher Seite hin die Verschiebungen vor sich gehen können. Bei der katastrophalen Wirtschaftslage, die Sachsen augenblicklich am härtesten von allen Ländern erleidet, haben natürlich die Kommunisten einen außerordentlich guten Nährboden. Trotzdem die Sozialdemokraten kaum noch zunehmen werden, denn ihre Wahlparolen haben seit 7 Jahren keinen durchschlagenden Erfolg für die Partei mehr auslösen können, wäre eine weitere Steigerung der kommunistischen Partei wohl denkbar. Es fehlen der Linken (Sozialisten und Kommunisten zusammen) nach den Reichstagswahlergebnissen nur noch 75 000 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Alles liegt also sehr nahe an der Grenze. Immerhin: Landtagswahlen pflegen andere Resultate zu zeitigen als Reichstagswahlen, weil das Volk den eigenen Landesverhältnissen immer etwas näher steht, und besonders in Sachsen bei einer genügenden Wahlpropaganda die bürgerlichen Parteien eigentlich keine rote Mehrheit wieder aufkommen lassen dürfen. Etwas anderes aber könnte sich wahrscheinlich bei Neuwahlen herausbilden. Der weitere Rückgang der bisherigen Mitte, d. h. der demokratischen Partei. Dieser Rückgang könnte so weit erfolgen, daß die Demokraten gänzlich bedeutungslos würden und an ihre Stelle als Partei der Mitte der Christliche Volksdienst träte. Diese Partei hat ja bei der Reichstagswahl schon wieder so viel gewonnen, daß sie sogar einen eigenen Reichstagskandidaten aus Sachsen entsenden kann. Von da an, wo der Volk dienende Mittelpartei würde, fielen ihm die Entscheidungen über all die Dinge zu, die bisher die demokratische Partei durch ihre verfehlte Politik in ein falsches Fahrwasser lenkte. Eine große Verantwortung läge damit allerdings auf der neuen Partei. Jedoch dieser Verantwortung wegen ist ja schließlich der Volksdienst in Sachsen in die politische Arena getreten.

Dr. A.

Die ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland.

Von Diplomvolkswirt Friedrich Ebeling, Berlin.

Seit 1925 sind im Jahresdurchschnitt nicht viel weniger als 2 Millionen Deutsche ohne Arbeit. In diesem Jahre wird sich ihre Zahl sogar noch weit über den bisherigen Durchschnitt erheben und auch künftig infolge des zu erwartenden Rückganges der Erwerbstätigkeit nicht verringern, wenn nicht die seit zehn Jahren in Deutschland geübte Politik der äußeren Ausblutung und inneren Ausbeutung grundsätzlich geändert wird. Trotz dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit werden noch immer 287 500 Ausländer in Landwirtschaft und Industrie beschäftigt. Ihre Zahl hat sich zwar von Jahr zu Jahr verringert; trotzdem erscheint sie dem Laien noch immer zu hoch und hat in Presse und Parlament schon oft zu heftigen Angriffen Veranlassung gegeben.

Auf den ersten Blick scheint es in der Tat eine unglaubliche Ungerechtigkeit zu sein, daß mehr als eine Viertelmillion Ausländer deutschen Volksgenossen die Arbeitsplätze streitig machen dürfen, während der deutsche Arbeiter zum Stempeln verurteilt ist. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge doch nicht so einfach. Es darf nicht vergessen werden, daß unzweifelhaft ebenso viel Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen Arbeit suchen und finden, was ihnen sehr erspart sein würde, wenn Deutschland Ausländern gegenüber seine Grenzen völlig verschloße.

Von den rund 290 000 Ausländern entfallen 139 500 auf die Landwirtschaft. Sie sind trotz der beweg-

lichen Klagen, die besonders die Linkspresse darüber anstimmt, vorläufig noch unentbehrlich. Die in den letzten Jahren beobachtete Landarbeiternot ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen gewesen, daß der Landwirtschaft ohne Rücksicht auf betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten gegenüber der Vorkriegszeit rund zwei Drittel der ausländischen Saisonarbeiter entzogen worden sind. Wenn auch die viel verbreitete Annahme, deutsche Arbeiter seien für Arbeiten, die vorwiegend von Ausländern verrichtet werden, ungeeignet, nicht in vollem Umfange zutrifft, so steht doch immerhin fest, daß gerade die körperlich anstrengende Sachfruchtarbeit bei den deutschen Arbeitern nicht sehr beliebt ist. Die Landwirtschaft darf sich aber nicht der Gefahr aussetzen, daß während der Verziehungs- und Hackperiode die Arbeiter ihre Arbeit liegen lassen. Die Wiederbeschaffung der Arbeitskraft und das Anlernen des neuen Arbeiters bedeutet einen unerträglichen Zeitverlust. Schon eine Verzögerung dieser Arbeiten um acht Tage würde hinreichen, um den Ertrag erheblich herabzudrücken und die Verminderung der Erzeugung wirkt sich später in anderen Gewerben, z. B. in der Zuckerrübenkampagne als Arbeitslosigkeit für andere Gruppen aus. Allerdings hat die Beschränkung der ausländischen Landarbeiter von 376 000 vor dem Kriege (jetziges Reichsgebiet) auf 140 000 im Jahre 1929 erreicht, daß der Zuckerrübenanbau doch auf inländische Kräfte zurückgreifen mußte. Auf leichteren Böden hat auch die Maschine die Handarbeit zu ersetzen vermocht; das zeigt ein Vergleich der Zuckerrübenanbauläche mit der Zahl der verfügbaren ausländischen Arbeiter. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung rechnet mit etwa acht Morgen Rübenanbauläche als Höchstmaß, das von einem Arbeiter bearbeitet werden kann. Somit hätten die 114 000 Ausländer, von denen ein geringer Teil aber noch als qualifizierte Viehpfleger für die Rübenarbeit ausfallen, rund 900 000 Morgen Rübenanbauläche bearbeiten können, während die Rübenanbauläche im vergangenen Jahre 1,8 Millionen Morgen betrug. Etwa die Hälfte der Zuckerrübenanbauläche ist also mit Hilfe inländischer Arbeitskräfte gewonnen worden.

Von den 139 000 ausländischen Landarbeitern sind die bisher genannten 114 000 durch besondere Genehmigung zur Arbeit zugelassen. Rund 80 v. H. kehren alljährlich in ihre Heimat zurück. Sie werden dann stets von neuem angefordert und nach Prüfung durch die Arbeitsämter zugewiesen. Für das Jahr 1930 haben 15 000 Betriebe 170 000 ausländische Arbeitskräfte angefordert, von denen 109 000 genehmigt worden sind. Unter Berücksichtigung der leichten Beschaffung von Arbeitskräften, die die Landwirtschaft meldet, ist damit zu rechnen, daß diese Zahl ausreicht. Neben den 114 000 genehmigungspflichtigen Ausländern werden noch 25 500 Inhaber von Befreiungsscheinen beschäftigt, wofür eine Genehmigung nicht erforderlich ist. Hier handelt es sich besonders um ausländische Arbeiter, die schon seit langem in Deutschland ansässig sind. Ein anderer Teil von ihnen hat auf Grund des deutsch-polnischen Wanderabkommens Anspruch auf genehmigungsfreie Beschäftigung. Im Gegensatz zu den genehmigungspflichtigen Arbeitern sind sie nicht ausgesprochene Spezialarbeiter.

Außer den landwirtschaftlichen Arbeitern werden 148 000 ausländische Industriearbeiter in Deutschland beschäftigt. Im Gegensatz zur Landwirtschaft handelt es sich dabei keineswegs um Spezialarbeiter, deren Beschaffung im Inlande nur schwer möglich wäre, sondern vorwiegend um in Deutschland ansässig gewordene Arbeitskräfte. Die Bestimmungen zum Schutz des Arbeitsmarktes sehen vor, daß Ausländer, die nach dem 1. Januar 1919 eingewandert sind, der Genehmigungspflicht unterliegen, während die schon früher eingewanderten davon befreit sind. Auch

die Zahl der ausländischen Arbeiter in der Industrie ist erheblich herabgedrückt worden. Vor dem Kriege suchten und fanden annähernd 600 000 Ausländer in Deutschland Arbeit und Brot. Infolge des Krieges sind die meisten von ihnen in ihre Heimat zurückgewandert oder abgehoben worden, sodas aus dieser Zeit nur noch 105 000 übrig geblieben sind, die von der Genehmigungspflicht entbunden sind. Sie jetzt noch aus Deutschland zu verdrängen, würde eine unnötige Härte bedeuten und zu Vergeltungsmaßnahmen gegenüber deutschen Arbeitern im Auslande führen. Uebrigens sei noch bemerkt, daß die Polen, die in großer Zahl im Ruhrbergbau arbeiten, in die Zahl der genehmigungsfreien Ausländer nicht einbezogen sind, da sie deutsche Staatsbürger polnischer Muttersprache sind. Auch ist die Zahl dieser Polen infolge der intensiven Werbearbeit Frankreichs von 161 000 auf 15 600 zurückgegangen.

Von den 43 000 ausländischen Industriearbeitern, die der Genehmigungspflicht unterliegen, sind 7600 im Spinnstoffgewerbe tätig. Das nächstgrößte Ausmaß entfällt auf häusliche Dienste mit 6300, denen in weitem Abstande Bergbau, Metallindustrie und Bekleidungsindustrie folgen. Die große Mehrzahl dieser Ausländer ist in Grenzgebieten tätig, wie auch deutsche Arbeiter jenseits der Grenze arbeiten. Teilweise ist die Beschäftigung von Ausländern auch in der verschiedenen Arbeitsmöglichkeit der einzelnen Industriezweige zu suchen. So wurden sie im Jahre 1928 z. B. im sächsischen Bergbau beschäftigt, obwohl im Ruhrbergbau Arbeitslose genügend zur Verfügung gestanden haben. Es zeigte sich aber als ungeheuer schwierig, Ruhrbergarbeiter nach Sachsen umzusiedeln, so daß der sächsische Bergbau auf die Ausländer angewiesen war.

Von den ausländischen Landarbeitern sind fast genau ein 1/4 in Mitteldeutschland beschäftigt. Pommern steht mit der Hälfte der mitteldeutschen Zahl an zweiter Stelle (17 775), ihm folgen Brandenburg und die Nordmark mit je 12 800, Schlesien mit 7770, Hannover mit 8620, Ostpreußen und Freistaat Sachsen mit je rund 5100. Dagegen stehen Schlesien und Ostpreußen der Zahl der Inhaber von Befreiungsscheinen nach an der Spitze. Das Rheinland folgt mit 3500. Es sind also vornehmlich Grenzbezirke, in denen diese Arbeiter anzutreffen sind.

Die genehmigungspflichtigen Landarbeiter kommen zum größten Teil aus Polen. Daher ist es kein Wunder, daß von den ansässig gewordenen und von der Genehmigung befreiten ausländischen Landarbeitern fast die Hälfte (12 400) aus Polen stammen. Die übrigen Oststaaten stellen ebenso wie die Tschecho-Slowakei und Holland je rund 2500 bis 2800. Die Schweiz ist mit 1664 beteiligt, während unter den 2700 aus den übrigen Staaten vorwiegend Russen zu suchen sind, die als deutschstämmige Flüchtlinge oder als ehemalige Kriegsgefangene in der deutschen Landwirtschaft Unterkunft gefunden haben. Deutschrussen, ein großer Teil der tschechischen Staatsangehörigen, die 358 Oesterreicher, die Schweizer und ein Teil aus den Oststaaten sind als deutschstämmig wohl nur staatsrechtlich als Ausländer anzusprechen.

Unter den Industriearbeitern überwiegen die Angehörigen der Tschechoslowakei mit 37 v. H., dann folgen Holländer mit 18 v. H., (Oesterreicher mit 11 v. H.) und Polen mit 10 v. H. Auch hierunter findet sich ein erheblicher Hundertsatz Auslandsdeutscher, vor allem Oesterreicher und Sudetendeutscher. Insgesamt sind von den ausländischen Arbeitern in Deutschland unter Ausschluß der Schnitter, die der Genehmigungspflicht unterliegen, genau 50 v. H. deutsche Volksgenossen aus den deutschen Grenzgebieten oder den Siedlungen im Osten und Südosten Europas, wodurch das Bild der beschäftigten Ausländer gewissermaßen ein ganz anderes Gesicht erhält. Denn es wird wohl niemandem einfallen, Deutsche den

Ausländern gleichzustellen. Daß die wirklichen Ausländer allmählich zurückgedrängt werden, soweit es ohne Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen möglich ist, beweisen die Rückgänge gegenüber der Vorkriegszeit. Es ist aber mit dem Zurückdrängen allein nicht getan. Wichtiger ist die Ersatzbeschaffung. Die Arbeitsämter bemühen sich schon seit Jahren, den Arbeiterbedarf der Landwirtschaft aus inländischen Arbeitslosen durch Rückführung von Städtern auf das Land zu decken. Der Erfolg dieser Versuche ist nicht sehr groß, sie versagen vor allem dann, wenn sich die Arbeitsmarktlage in den Städten bessert. Zudem stellen landwirtschaftliche Arbeit und Lebensweise an den Arbeiter Ansprüche, denen er mit zunehmender Verstädterung immer weniger gewachsen ist.

Genf rüstet zum Aufbruch.

Curtius bei Briand. — Memel kommt vor den Rat. — Genf, 29. September.

Die Kommissionsarbeiten haben in den letzten Tagen unerwartete Fortschritte gemacht, so daß es voraussichtlich möglich sein wird, die Arbeiten der Völkerbundsversammlung um die Mitte der Woche herum abzuschließen. Die noch vorgesehenen Vollversammlungen haben eine größtenteils formale Bedeutung und eigentlich nur mehr die Aufgabe, den in den Kommissionen vorbereiteten Berichten und Entschlüssen ihre Zustimmung zu geben. Der größte Teil der Arbeiten der diesjährigen Völkerbundstagung ist jedenfalls materiell so gut wie abgeschlossen. Ein Teil der Hauptdelegierten rüstet inzwischen bereits zum Aufbruch.

Von den wenigen politischen Besprechungen, die noch stattfinden, ist eine Zusammenkunft zwischen Dr. Curtius und Briand, der den deutschen Außenminister für Sonnabend zum Frühstück eingeladen hatte, zu erwähnen.

In dieser Woche tritt der Völkerbundsrat noch einmal zusammen. Er wird in einer dieser Sitzungen materiell zu dem deutschen Antrag über die Memelbeschwerte Stellung zu nehmen haben.

Die oberschlesische Beschwerde verlagert.

Haag soll sein Gutachten abgeben.

Der Völkerbundsrat hat sich am Sonnabend mit einer Beschwerde des Deutschen Volksbundes über die Nichtzulassung von 60 Schulkindern in den oberschlesischen Minderheitenschulen beschäftigt. Obwohl der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, zweimal und zuletzt dahin entschieden hat, daß die Kinder in den Schulen zugelassen seien, haben die polnischen Behörden die Aufnahme der Kinder in die deutschen Minderheitenschulen verweigert, so daß die Minderheiten in Oberschlesien gezwungen waren, sich an den Völkerbund zu wenden.

Der Vertreter Japans gab als Berichterstatter der Meinung Ausdruck, daß diese Frage nur auf der Grundlage eines Gutachtens des Haager Gerichtshofes erledigt werden könne. Er schlug dem Rat vor, die Frage auf eine Sitzung im Januar zu verlagern. Inzwischen werde er sich mit der polnischen und der deutschen Regierung in Verbindung setzen, um die betreffenden Fragen zu formulieren, die den Haager Gerichtshof zur Prüfung vorgelegt werden würden. Der Rat beschloß in diesem Sinne.

In der gleichen Ratssitzung wurde auch von dem Schreiben Mitteilung gemacht, mit dem der Vorsitzende der Gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, seinen Rücktritt zurücknimmt. Der Völkerbundsrat hat daraufhin Herrn Calonder seinen besonderen Dank dafür ausgesprochen, daß er sich dem erneuten Ruf des Völkerbundsrates nicht verweigert hat.

Vom deutschen Standpunkt ist es außerordentlich zu begrüßen, daß es durch die Initiative

Achte Jahresversammlung

der deutschen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen *).

Es war eine glückliche Wahl, die Breslau für die diesjährige Tagung der deutschen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen ausersahen hatte und es verriet volles Verständnis für die Zeichen der Zeit und die dem Weltbund gestellten Aufgaben, daß die Frage der Minderheiten als Hauptverhandlungsgegenstand für die Versammlung in Breslau festgesetzt worden war.

Den Höhepunkt der Tagung bildeten die beiden Vorträge über die Minderheitenfrage, die von den Herren Regierungspräsidenten Dr. Junghann, Berlin, dem Vorsitzenden des Kuratoriums des Instituts für Grenz- und Auslandsstudium und des Minderheitenausschusses der deutschen Logen für Völkerbund, und dem Kirchenpräsidenten Dr. Böh, Rattowitz, am Donnerstag vormittag und nachmittag gehalten wurden. Dr. Junghann behandelte die Bedeutung der nationalen Minderheitenfrage im allgemeinen.

Der Redner gab in der Einleitung eine eingehende Darstellung der soziologischen und historischen Grundlagen der Minderheitsbewegung in ihrer heutigen Gestalt, in der er ein Glied der großen Konzentrationsbewegung unserer Zeit sieht. Er wies hin auf die Entstehung der Idee des Nationalstaates und der seit der französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen sich zeigenden Bestrebung, jedem Volke seinen Staat zu geben und das ganze Volk zu einem Staat zu machen, ohne daß dabei auf die besonderen geistigen Bedürfnisse der fremden Bevölkerung innerhalb des Staates Rücksicht genommen wurde, von der Anpassung an das Staatsganze verlangt wurde. Damit war das Problem der Freiheit, des nation-

alen Bekenntnisses, das Problem der nationalen Minderheiten entstanden.

Weiter brachte der Weltkrieg eine Erweiterung des alten Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und bei dem Friedensschluß Verschiebung von Staatsgrenzen und Schaffung neuer Staaten, zum Teil unter Zerreißung uralter Volkszusammenhänge; aber man schuf auch etwas Neues, bisher Unerhörtes: Die international garantierten Minderheitenschutzverträge; dieselben sollten überall da helfen, wo nach Auffassung der Friedensunterhändler mit territorialen Mitteln nicht geholfen werden konnte. Aber die großen auf die Minderheitenschutzverträge gesetzten Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen; die Minderheitenfrage ist dadurch nicht gelöst worden, sondern durch die in einzelnen Ländern erlassenen Agrar- und Enteignungsgesetze und deren harte Ausführung durch die Verwaltungsorgane ist die Lage mancher Minderheiten noch schlimmer geworden, als sie vor dem Kriege war. Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, des Wahlrechtes und anderer politischer Rechte, wie auch in den Verordnungen über den Sprachgebrauch in der Öffentlichkeit und im Privatleben wurde die in den Schutzverträgen geforderte wirkliche Gleichheit der Minderheitenangehörigen und der anderen Staatsbürger vielfach zu nichte gemacht. Dazu kam noch die feindselige Stellungnahme mancher Minderheitenangehöriger gegen den Staat, dem sie zugerechnet worden waren, und das Bestreben, sich von dieser ohne Kenntnis der geschichtlichen und geographischen Zusammenhänge vollzogenen Verbindung frei zu machen; dies letztere verstärkte die Auffassung von der Staatsgefährlichkeit der nationalen Minderheiten, gegen die die in den Friedensverträgen geschaffenen Staaten geschützt werden sollten. Dies alles wirkt ungünstig auf das Verhältnis der Staaten zueinander ein und erschwert die angestrebte Verständigung der Staaten miteinander. Darum ist die Regelung der Minderheitenfrage so nötig und wichtig, aber auch sehr schwierig. Der im wesentlichen gleichartige Kampf, den die Minderheiten in den verschiedenen Ländern zu führen haben, bringt sie zum Zusammenfluß mit den ihrem Volkstum angehörenden Minderheiten in anderen Staaten, dann auch mit

den anderen nationalen Minderheitengruppen der Staaten, denen sie selbst angehören, und auch mit allen anderen nationalen Minderheiten in den verschiedenen Ländern Europas. So hat sich ein Verband der deutschen Volksgruppen Europas gebildet, ein Kongreß von Auslandspolen in Warschau, aber auch ein Verband der Minderheiten in Deutschland, in dem die Polen die Führer sind. Seit 1925 tagen alljährlich die europäischen Nationalitätenkongresse, die aus dem Zusammenschluß der deutschen Minderheiten sich entwickelt haben. Sie schließen alle Fragen aus, die eine Änderung der Staatsgrenzen betreffen und verfolgen alle dasselbe Ziel: Die Möglichkeit freier kultureller nationaler Entwicklung im Rahmen des gegebenen Staatsverbandes. Dazu stellen sie folgende Forderungen auf: Ausstattung der Minderheiten mit Rechtspersönlichkeit, Gewährung einer auf die besonderen Lebensbeziehungen der national-kulturellen Gemeinschaft begrenzten Rechtsetzungsbefugnis unter Aufsicht des Staates, organische Einfügung dieser national-kulturellen Rechtspersönlichkeiten in den Rahmen des Staatsverbandes durch Schaffung der erforderlichen staatlichen Rechtsgarantien, daneben aber auch gewissenhafte Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten durch die Minderheiten in gleicher Weise wie durch die übrigen Staatsbürger. Die Erregung unter den deutschen Gruppen machte auf die anderen Minderheiten Europas großen Eindruck. Bereits auf dem ersten europäischen Nationalitätenkongreß in Genf im Jahre 1928 wurde die Forderung der Freiheit des nationalen Bekenntnisses und der national-kulturellen Autonomie der Welt vorgelegt und damit die Scheidelinie zwischen Staatseinheit und Volkseinheit klar aufgezeigt. Freilich schon im nächsten Jahre wurde bestimmt, daß die Durchführung der Kulturautonomie durch das Einverständnis der jeweils beteiligten Minderheiten bedingt sei. Als weiteres Ziel erstrebten die Minderheiten eine Änderung des Staats- und Völkerrechts zugunsten ihrer Entwicklungsfähigkeit im Rahmen des Staatsverbandes durch Ausgestaltung des Minderheiten-Völkerrechts, dessen Anfänge die Minderheitenschutzverträge bilden, und eine ständige Minderheitenorganisation beim Völkerbunde, entsprechend den dort bestehenden in-

*) Die Tagung hat schon im Juni stattgefunden. Wir hatten die Aufnahme eines Berichtes zugesagt, bekamen aber erst Ende August den sehr ausführlichen Bericht, den wir nun erst jetzt, etwas gekürzt, bringen können. Die Schriftleitung.

In der auf den Vortrag folgenden Besprechung wurde besonders von Professor Siegmund-Schulze noch wertvolle Anregungen und Ratschläge für die weitere Arbeit auf diesem Gebiet gegeben. Einen erhebenden Abschluß fand die Tagung mit der am Abend in der bis auf den letzten Platz gefüllten Maria Magdalenen-Kirche abgehaltenen von Generalsuperintendent D. Zänker geleiteten Festversammlung, in der das Thema „Volkstum und Kirche“ von den Kirchenpräsidenten Dr. Wehrenpfennig-Gebloz u. Dr. Vog-Rattowitz und anderen Geistlichen aus der mecklenburgischen Kirche in herabzueignender Ausführung behandelt und die Tagung mit eindrucksvollen Worten zum Dank und Abschied geschlossen wurde.

Deutsche „Kolonialpolitik“.

Tagung des Deutschen Kolonialvereins in Cuxhaven.

In Cuxhaven begann die diesjährige Haupttagung des Deutschen Kolonialvereins, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e. V.

Nach der Begrüßung in Doelles Hotel folgte um 8 Uhr in der Aula des Theaters eine öffentliche Vortragsversammlung mit dem Thema: „Wie kann Deutschland heute noch Kolonialpolitik treiben?“

Geheimrat Dr. Bonhoff-Berlin, M. d. L., sprach über die geschichtliche Entwicklung der inneren Kolonisation. Er suchte den Nachweis zu führen, daß die Deutschen nicht, wie oft gesagt werde, schnell ihr Volkstum in fremder Umgebung aufgaben, und betonte insbesondere die Bedeutung des Diensts für die deutsche Kolonisation.

Der zweite Redner, Curt Boermann-Hamburg, untersuchte vom Standpunkt des Kaufmanns aus, ob heute wieder eine deutsche überseeische Kolonisation zu betreiben sei. Er bejahte diese Frage und zugleich die Möglichkeit, durch Kolonisation in Afrika die beiden brennendsten Nöte der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit und die Krise in der Landwirtschaft, zu lindern.

Am Sonnabend fand die Hauptvorstandsitzung und die Gesellschaftshauptversammlung des Deutschen Kolonialvereins statt. Sonntag wurden Besichtigungen und eine Fahrt in See vorgenommen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. September 1930.

Der Essener Amnestieauschuß hat beschlossen, in einer neuen Eingabe an alle Fraktionen des Reichstages die Bitte zu richten, das Amnestiegesetz möglichst schnell zu verabschieden.

Der Kriegskommandant der „Goeben“, Konteradmiral a. D. Richard Alfermann, ist im Alter von 61 Jahren in Berlin gestorben. Alfermann erhielt im Frühjahr 1914 das Kommando des Schlachtkreuzers „Goeben“ im Mittelmeer und hat dieses Schiff fast vier Kriegsjahre geführt.

Rechtskurs in Braunschweig. Die Verhandlungen zwischen dem Bürgerblock und den Nationalsozialisten haben zu einer Einigung geführt, die Regierung soll statt bisher drei nur noch von zwei Ministern gebildet werden. Von der bürgerlichen wird der frühere Finanzminister Dr. Rüchenthal (Dnt.) vorgeschlagen werden. Der nationalsozialistische Ministerkandidat ist der Reichstagsabgeordnete Amtsgerichtsrat Dr. Anton Franzen-Kiel. Die Wahl der Regierung wird voraussichtlich am Mittwoch erfolgen.

Rundschau im Auslande.

Der Londoner Flottenvertrag ist im japanischen Staatsratsauschuß angenommen worden. Die Billigung wird am 1. Oktober einer Billigung des Geheimen Staatsrats unter Vorsitz des Kaisers unterbreitet werden.

Der Gouverneur der Mandchurei, Tchanghschuan, will den Posten eines zweiten Befehlshabers der Mantingruppen, dessen Befehlsgewalt sich über Nordchina erstreckt, übernehmen.

Vor einem Generalfreik in Ostpreußen?

Die polnischen Oppositionsparteien haben im Ansbauerbezirk ein Kuablat verbreiten lassen, in dem die

Arbeiterchaft der Gruben und Hüttenbetriebe sowie der Fabriken aufgefordert werden, einen dreitägigen Generalfreik zum Zeichen des Protestes gegen die Auflösung des schlesischen Sejms und die Verhaftung Korfantsky zu veranstalten. Der Streik sei das letzte legale Mittel der schlesischen Bevölkerung, von dem sie Gebrauch machen könnte.

Neuwahlen in Oesterreich?

Die Wiener Presse rechnet allgemein mit Neuwahlen zum Nationalrat. Die Großdeutschen und der Landbund haben es nämlich abgelehnt, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen oder die Regierung zu unterstützen. Der bisherige Vizekanzler Baugoin kann daher nur eine Minderheitsregierung, bestehend allein aus den Christlich-Sozialen, bilden. Das Kabinett wird voraussichtlich zur Auflösung des Nationalrates schreiten und Neuwahlen ausführen. Die Heimwehren erlassen einen Aufruf, in dem sie die Vorkommnisse bei den Bundesbahnen und die Vergeudung öffentlicher Gelder aufschreien und von der neuen Regierung Ausdehnung der Machbefugnisse des Obersten Rechnungshofes auf alle staatlichen Betriebe fordern.

Letzte Meldungen.

„Das Reichsbanner soll aus seiner Passivität heraustreten!“ — sagt Hörfing.

Wilhelmshaven, 29. Sept. Der Führer des Reichsbanners, Hörfing, sprach in Wilhelmshaven vor einer Reichsbannerversammlung. Die Wahl, so führte er u. a. aus, habe den republikanischen Parteien eine Niederlage gebracht, aber um so mehr müsse die Republik jetzt verteidigt werden, wenn es sein müßte, sogar mit dem Leben. Hörfing wandte sich gegen die Regierung Dr. Brüning und stellte drei Forderungen auf, die jetzt in den Vordergrund gerückt werden sollen: 1. Erhaltung der Republik, 2. Ausbau der Republik in sozialer und demokratischer Hinsicht, 3. Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen. Hörfing kündigte ein Programm des Reichsbanners an, das er im Einverständnis mit der Bundesregierung aufstellen und in der nächsten Nummer der Reichsbannerzeitung veröffentlichen werde. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Hörfing gegen die Nationalsozialisten und besonders gegen Hitler, der ja vor dem Reichsgericht in Leipzig seine Umsturzbegehung habe legalisieren können. Es sei jetzt an der Zeit, daß das Reichsbanner aus seiner Passivität heraustrete. Die Gegner würden nicht nur die bloße Faust spüren. Er wolle sich vor seinen Reichsbannerkameraden nicht noch deutlicher ausdrücken (!).

Was sagt der „Jungdo“ dazu? —

Prinz Leopold von Bayern gestorben.

München, 28. September. Prinz Leopold von Bayern ist Sonntagabend 19.40 Uhr im Leuchtenberg-Palais an Altersschwäche sanft entschlafen. Der Prinz stand bereits im 85. Lebensjahr. Nach unbestätigten Berichten soll er einer beginnenden Lungenentzündung erlegen sein.

Zu dem Tode Prinz Leopolds von Bayern erfahren wir ergänzend, daß der Prinz schon seit längerer Zeit leidend war. In den letzten Tagen trat eine Erkältung hinzu, die sich zu einer Lungenentzündung entwickelte und den Tod des Prinzen herbeiführte.

Kommunistische Kundgebung in Berlin.

Berlin, 29. Septbr. Als Gegendemonstration zu dem geplanten, inzwischen jedoch bekanntlich abgesagten nationalsozialistischen Aufmarsch in Potsdam demonstrierten die Kommunisten gestern nachmittag um 3 Uhr im Lustgarten. Gegen 2.45 Uhr war der Aufmarsch der Demonstrationen aus den verschiedenen Stadtteilen vollzogen, worauf kommunistische Führer an verschiedenen Stellen des Lustgartens Ansprachen hielten. Auf der Schlossfreiheit entstanden einige Reibereien mit der Polizei, die den Durchfahrtsweg für die Autobusse freigehalten wollte. Um die Menge nicht abermäßig zu erregen, wurde die Schutzpolizei zurückgezogen. Der ganze Verkehr wurde umgeleitet, wodurch größere Zusammenstöße vermieden wurden.

77 Kommunisten im Reichstag.

Berlin, 29. Septbr. Infolge Zugangs an Stimmen bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den Wahlkreisen hat sich die Zahl der gültigen Stimmen auf 34 956 723 erhöht, darunter 4 590 179 Stimmen für die kommunistischen Wahlvorschläge. Diese Partei wird daher mit 77 Abgeordneten (nicht 76) im neuen Reichstag vertreten sein. Für die übrigen Parteien bedeutet der Zuwachs an Stimmen keinen Mandatsgewinn. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt nunmehr 577.

Selbstmord eines bekannten englischen Ingenieurs.

Kairo, 29. Septbr. Der bekannte Ingenieur Sir John Norton Griffiths, Präsident der Norton-Griffiths-Hochbaugesellschaft, die auf Grund eines Vertrages mit der Regierung die große Nilstalsperre bei Assuan ausführt, ist mit einer Schußwunde in der Schläfe tot in einem Boot gefunden worden, in dem er allein eine Fahrt unternommen hatte. Gestern Sonntag hatte die Gesellschaft die Erklärung abgegeben, daß sie die Arbeiten an dieser Talsperre unterbrechen müsse. Man bringt den Tod des Sir John Norton Griffiths mit dieser Erklärung in Verbindung.

Verschiedenes.

Herabsetzung des Krankenkassenbeitrags.

Die Leistungen der Krankenkassen werden durch die Rotverordnung des Herrn Reichspräsidenten neu geregelt. Die Berufskrankenkasse des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, die Deutschnat. Krankenkasse, Erntekasse, hat-Hand in Hand mit den Neuregelungen als erste der großen Erntekassen eine Beitragsenkung um durchschnittlich 15% vorgenommen. Die Beitragsenkung tritt am 1. Oktober in Kraft.

Vorbeugung und Heilung von Augenleiden. Von Geh. Med. Rat Dr. Graf Wiser. Preis 2,50 RM. Bruno Wilkens Verlag in Hannover.

Der bekannte Augenarzt schildert hier in verständlicher Weise, wie Augenleiden vorgebeugt und wie bei schon vorhandenen eine Besserung und Heilung erzielt werden kann. Auch über das jetzt so umstrittene Thema „Sehen ohne Brille“ äußert Graf Wiser seine Ansicht.

Tagung

der Evangelischen Schulvereinigung.

Die in der Sonnabendnummer angekündigten Versammlungen dieses Verbandes am 2. und 3. Oktober finden nicht im Affapheum, sondern im großen Hörsaal des Studentenheimes statt.

Günstige Einkaufsgelegenheit: hannoversche Markenbutter gel. zum Einschlagen für den Winter 20 Pf. zu 31.— Pf. franco per Eilgut 30 Pf. zu 46.50 Pf. franco per Eilgut. — Otto Doersten, Möbelenware (Hannover).

Der Rundfunkhörer

Die kulturbetonte, reich illustrierte Rundfunkprogrammzeitschrift, der Vorkämpfer für Heimat, Seele, Volkstum im deutschen Rundfunk.

Ausführliche Programme aller Sender Orientierende u. unterhaltende Aufsätze Bastel- und Rätsellecke — Guter Roman Reichsausgabe monatlich 90 Pf., Ausgabe A (Nagender) vierteljährlich 1.80 RM. Bestellungen bei jeder Post. — Zu haben in jeder Buchhandlung. Probeheft umsonst

Verlag: Hamburg I, Große Bäckerstr. 5—7

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Annachholz hat abzugeben Morija.

Bethel.

Am Mittwoch, den 1. Oktober findet im großen Saal des Affapheums die Wiederholung des neuen Bethelfilms „In den Spuren Vater Bodelschwings.“

Durch Dienst zur Freude

statt, und zwar nachm. um 2 Uhr für die Insassen der Frauenhäuser, nachm. 1/5 Uhr für die Insassen der Männerhäuser, abends um 1/8 Uhr für jedermann. Karten im Vorverkauf 60 und 30 Pf., an der Kasse einheitlich 75 Pf.

— Frauenhilfe am Mittwoch, d. 1. 10. 30 um 1/4 Uhr im Affapheum. L. v. Bodelschwings.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifbach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Heute nahm uns Gott meinen lieben Mann und unsern geliebten Vater, den

Bürovorsteher

Herrn Carl Thiele

Luise Thiele, geb. Alband
Leo Thiele
Waldtraud Thiele
Mieze Thiele, geb. Linder

Bethel, den 27. September 1930.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr von der Zionskirche aus, statt.

Nach kurzem, schwerem Leiden wurde heute morgen

Herr Carl Thiele

aus der Zeit in die Ewigkeit abgerufen.

23 Jahre hat er im Dienst unserer Anstalt gestanden. Als Vorsteher der Bethelkanklei hat er alle seine Gaben und Kräfte unermüdlich den ihm anvertrauten Aufgaben gewidmet. Allezeit war er ein treuer Freund und Berater unserer Kranken und uns ein wertvoller Mitarbeiter, dessen Verlust uns mit tiefem Schmerz erfüllt.

Wir werden ihm über das Grab hinaus ein dankbares Andenken bewahren.

Bethel bei Bielefeld, 27. Sept. 1930.

Der Vorstand der Anstalt Bethel.

Statt Karten.

Dilar Hans Ramelow

Milli Ramelow

geb. Leinung

Vermählte

Bethel

* Steinhöfel i. Dommern

29. September 1930.

Wer

stellt eine zuverlässige, arbeitsfreudige technische Kraft als Betriebsleiter oder Kalkulator ein, die das ganze Recha-Materialien beherrscht? Zuschriften unter A 7103 an d. Geschäftsst. d. Bl.

2 Mädchen, 27jähr. mit guten Zeugnissen, 28jähr. bisher im elterlichen Haushalt, suchen

Stellung

1. am liebsten in Küche, 2. übernimmt alle Hausarbeit; möglichst zusammen im Privath., Anstalt oder ähnliches. Angeb. erbeten unter A 7091 an die Geschäftsstelle d. Bl.

EISU Stahl- u. Holz-Kinderb., Polster, Chaisel, an jeden, Teils. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bausparbrief

der Gemeinschaft der Freunde Wästenrot über RM. 15000 von Februar 1929 verkauft

W. Range, Mülheim-Ruhr-Speldorf, Arnoldstraße 18.

Von neugegründetem Posaunenchor einer kl. Dorfgemeinde werden gut erhaltene gebrauchte

Instrumente

zu kaufen gesucht. Angebote erbitte das

Evangel. Pfarramt Dudenau (Eder)

Urspringschule

Kloster Ursprung b. Schellklingen (Schwäbische Alb) 550 m

Neugegr. ev. Landschulheim für Knaben u. Mädchen bis Abitur. Reform-Realgymn. u. Oberrealsch.

Man verlange das Werbeheft

Dr. Bernhard Hell

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Bienenhonig,

eigener Ernte, gar. rein, a Pfund 1,50 RM gibt in 9 Pfd.-Dosen ab

Lehrer i. A. W. Buchholz, Niederfeldbach i. S. Post 30ftein (Taunus) Rand

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. frei